

Es informiert Sie	Heike Löber
Telefon (0202)	563 49 28
Fax (0202)	563 85 31
E-Mail	heike.loeber@stadt.wuppertal.de
Datum	22.04.15

---

## **Niederschrift**

### **über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses Soziales, Familie und Gesundheit (SI/0545/15) am 22.04.2015**

Anwesend sind:

#### **Vorsitz**

Herr Michael Wessel ,

#### **von der CDU-Fraktion**

Frau Claudia Hardt , Herr Arnold Norkowsky , Herr Christian Schmidt ,

#### **von der SPD-Fraktion**

Herr Mark Esteban Palomo , Frau Ulrike Fischer , Herr Thomas Kring , Herr Wilfried Michaelis ,

#### **von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Ilona Schäfer , Herr Marcel Simon ,

#### **von der FDP-Fraktion**

Frau Eva Schroeder ,

#### **von der Fraktion DIE LINKE**

Herr Cemal Agir ,

#### **berat. Mitglied § 58 I S. 7 GO NRW**

Herr Thomas Kik ,

#### **als sachkundige Einwohner/in**

Herr Bernd Engels , Herr Reinhard Fliege , Herr Frank Gottsmann , Herr Dr. Martin Hamburger ,  
Herr Dr. Christoph Humburg , Frau Barbara Hüppe ,

#### **Vertreter/innen der Verwaltung**

Frau Marianne Krautmacher , Herr Dr. Stefan Kühn , Herr Gisbert Kyek , Herr Dr. Jörg Rieger ,  
Herr Uwe Temme ,

Schriftführer / in: Heike Löber

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:05 Uhr

## I. Öffentlicher Teil

---

- 1 Gesundheitsprogramm für eine umfassende Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge und Asylsuchende auf den Weg bringen  
- Zugang zur medizinischen Regelversorgung schaffen und „Bremer Modell“ auch in Wuppertal umsetzen  
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20.01.2015  
Vorlage: VO/1059/15**

**- Mündlicher Zwischenbericht Beig. Dr. Kühn -**

Beig. Dr. Kühn berichtet, er habe Kontakt mit der örtlichen AOK aufgenommen, diese habe großes Interesse an einer Klärung auf Landesebene. Derzeit finden Gespräche zwischen den Spitzenverbänden der Krankenkassen und dem Landes-Ministerium statt; Herr Baum, AOK, habe zugesagt, zur weiteren Entwicklung zu berichten.

Die AOK habe in Hamburg bereits positive Erfahrungen mit der Gesundheitskarte gesammelt.

Auf den Hinweis von Frau Stv. Schroeder zur Wichtigkeit der Überprüfung des Impfstatus von Flüchtlingen erklärt Dr. Rieger, wegen der kurzen Verweildauer funktioniere eine entsprechende Überprüfung in Erst-Aufnahme-Einrichtungen nicht. Vorgesehen sei, zumindest die Seiten-Einsteiger/Kinder in den Schulen zu impfen.

Der Vorsitzende erklärt, Wiederbeschäftigung mit dem vorliegenden Antrag in diesem Ausschuss solle bei weiteren Zwischen-, bzw. bei abschließenden Informationen erfolgen, derzeit nehme die Vorlage nicht den Weg Hauptausschuss/Rat.

- 
- 2 Veränderungen/Neue Wege in der Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Vermittlungshemmnissen seit der Kürzung des Integrationsbudgets  
Vorlage: VO/1076/15**

Entgegennahme ohne Beschluss.

- 
- 2.1 Antwort auf die Anfrage VO/1076/15 der Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN**

Herr Stv. Simon bedankt sich für den Bericht des Jobcenters und merkt an, die erhöhte Integrationsquote trotz geringerer verfügbarer finanzieller Mittel/ Kürzung des Integrationsbudgets zeige, man sei auf einem guten Weg.

Entgegennahme ohne Beschluss.

- 
- 3 Mindestlohn: Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen  
Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE vom 3.2.2015  
Vorlage: VO/1123/15**

Entgegennahme ohne Beschluss.

---

**3.1 Antwort auf die Anfrage VO/1123/15/1-A der Fraktion die Linke.  
Vorlage: VO/1123/15/1-A**

Entgegennahme ohne Beschluss.

---

**4 Mindestlohn Aufstockerinnen  
Große Anfrage  
Fraktion DIE LINKE vom 3.2.2015  
Vorlage: VO/1128/15**

Entgegennahme ohne Beschluss.

---

**4.1 Antwort auf die Anfrage VO/1128/15 der Fraktion DIE LINKE**

Entgegennahme ohne Beschluss.

---

**5 Jahresbericht 2014 der Kontakt- und Beratungsstelle für Selbsthilfegruppen  
Vorlage: VO/1244/15**

Auf entsprechenden Hinweis von Frau Stv. Hardt, bzw. Frage von Frau Stv. Schäfer erklärt Beig. Dr. Kühn, ein Kollege werde zum 01.06.2015 die vakante Stelle in der Kontakt- und Beratungsstelle wiederbesetzen.

Entgegennahme ohne Beschluss.

---

**6 Neue landesgesetzliche Bestimmungen: Alten- und Pflegegesetz und  
Wohn- und Teilhabegesetz NRW  
Vorlage: VO/1254/15**

Zur Frage von Frau Stv. Schäfer bzgl. der Einzelzimmerquote in stationären Pflegeeinrichtungen erklärt Frau Krautmacher, rund 50% der Bestands-Einrichtungen erfüllten ihre Einzelzimmerquote. Quote bereits, bei den übrigen Einrichtungen sei eine Bestandsüberprüfung nach In-Kraft-Treten von APG/WTG angelaufen, viele Einrichtungen würden die Quote durch eine Umnutzung von 2-Bett-Zimmern in Einzelzimmer erreichen.

Zur Frage von Frau Stv. Schäfer bzgl. der jetzt vorgesehenen Überprüfung ambulanter Dienste durch die Heimaufsicht mit fraglichen personellen Kapazitäten erläutert Herr Temme, im Rahmen noch abzuschließender Zielvereinbarungen mit dem Stadtkämmerer werde das Ressort die Möglichkeit haben, durch Freigeben von Teil-Kapazitäten im Gesamt-Stellengefüge zusätzlich personelle Kapazität für die Heimaufsicht bereitzustellen, dabei werde es sich voraussichtlich um 0,5 Stelle handeln.

Entgegennahme ohne Beschluss.

---

**7 Verbindliche Bedarfsplanung gem. §§ 11 (7) und 7 (6) APG NRW**  
**Vorlage: VO/1154/15**

Herr Stv. Kring erklärt, die SPD-Fraktion begrüße die neue Steuerungsmöglichkeit, die zu einer gleichmäßigeren Auslastung der Bestandseinrichtungen beitragen könne.

Herr Stv. Wessel unterstützt dies und ergänzt, wichtig sei auch die Wirkung in Richtung des Erhalts von Qualität und Steuerung von Fachpersonal in der pflegerischen Versorgung.

Herr Dr. Humburg erklärt die Unterstützung des Caritasverbandes Wuppertal/Solingen für die Nutzung der Steuerungsmöglichkeit.

Beig. Dr. Kühn merkt an, derzeit lägen keine Anträge in diesem Bereich vor. Es gehe um ein Instrumentarium, um zukünftig mit entsprechenden Anträgen umgehen zu können.

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 22.04.2015:

Hauptausschuss und Rat wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat der Stadt beschließt die Einführung einer verbindlichen Bedarfsplanung gem. §§ 11 (7) und 7 (6) APG NW.
2. Die Verwaltung wird beauftragt zum Stichtag 31.12.2015 den ersten verbindlichen Bedarfsplan für die Jahre 2016 – 2018 aufzustellen. Der Maßstab für die Bedarfsfeststellung ist der Gesamtbedarf für Wuppertal.

Einstimmig.

---

**8 Auslastung der Pflegeeinrichtungen in Wuppertal 2013**  
**Vorlage: VO/1251/15**

Herr Stv. Simon nimmt Bezug auf TOP 7 und erklärt, die Nutzung der kommunalen Steuerungsmöglichkeit sei auch im Hinblick darauf wichtig, dass ein wirtschaftlicher Betrieb der bestehenden Einrichtungen möglich sein solle.

Beig. Dr. Kühn gibt den Hinweis, dass andererseits 81,6% der über 80-Jährigen in den eigenen vier Wänden lebten, unterstreiche die Wichtigkeit von Quartiersentwicklung. Die Verwaltung werde jetzt das Projekt ‚Älter werden im Quartier‘ zusammen mit der AWO angehen.

Entgegennahme ohne Beschluss.

---

**9 Einrichtung einer Fachstelle "Inklusionshilfe in Schulen"**  
**Vorlage: VO/1227/15**

Auf Nachfragen von Frau Stv. Hardt und Frau Stv. Schäfer erläutert Beig. Dr. Kühn ergänzend, derzeit werde geprüft, welche Leistungen notwendig und rechtlich geboten seien.

Vorgesehen sei eine Quantifizierung individueller Bedarfe mit daraus folgender Bereitstellung eines Gesamt-Paketes an Stunden für die Schulen, es gebe eine entsprechende Vereinbarung mit dem Kämmerer. Ende 2016 solle evaluiert werden.

Entgegennahme ohne Beschluss.

---

**10 Reform des ärztlichen Bereitschaftsdienstes**  
**Vorlage: VO/1232/15**

Herr Dr. Rieger informiert ergänzend, dass die von der kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein vorgesehenen Änderungen der Zustimmung der Ärztekammer bedürfen, hier gebe es Widerstand.

Herr Stv. Kring weist auf eine Stellungnahme von Herrn Oberbürgermeister Jung zur Reform des ärztlichen Bereitschaftsdienstes an die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein, eine Antwort stehe noch aus, diese solle man abwarten. Dr. Rieger erklärt, im Mai/Juni finde eine Veranstaltung der Ärztekammer in Düsseldorf, die sich mit der Problematik beschäftige, statt. Er werde anschließend dem Ausschuss berichten.

Entgegennahme ohne Beschluss.

---

**11 Jahrestätigkeitsbericht des Kompetenzzentrums für öffentliche Zahngesundheit 2014**  
**Vorlage: VO/1239/15**

Entgegennahme ohne Beschluss.

---

**12 Umschichtung von Zuschüssen**  
**Vorlage: VO/1270/15**

Der Vorsitzende erklärt, der Tagesordnungspunkt sei von der Tagesordnung zu nehmen, es bestehe hinsichtlich der Vorlage noch Beratungsbedarf in der Verwaltung.

Beig. Dr. Kühn bestätigt, es gebe noch keine abgeschlossene Verwaltungsmeinung.

---

**13 Bericht aus dem Beirat der Menschen mit Behinderung**

Herr Engels weist auf das auf die Tische verteilte Programm des 10. Tages der Menschen mit Behinderung und lädt herzlich zur Teilnahme ein. An 35 Ständen werden 50 Teilnehmer eingesetzt sein, es gibt einen Rasenmäher zu gewinnen, ein Unterhaltungsprogramm und Kulinarisches werden angeboten.

Herr Engels berichtet, die Fachgruppe ‚Behinderung‘ habe einen Antrag an den Oberbürgermeister gerichtet, bei der Stadtverwaltung mehr Auszubildende mit Behinderung einzustellen, als Vorbild für Unternehmen in Wuppertal.

Der Beirat der Menschen mit Behinderung werde sich dem in der nächsten Sitzung anschließen.

---

**14 Bericht aus dem Seniorenbeirat**

Herr Temme berichtet, neben auch heute im Ausschuss behandelten Themen (TOP 5, 6 und 7) sei es in der Sitzung des Seniorenbeirates am Vortag um zwei Schwerpunktthemen gegangen. Zum einen habe Frau Köster vom Bürgerverein Eckbusch zum Modellprojekt „im Quartier bleiben – Nachbarschaft leben“ berichtet. Zum anderen habe Frau Schönnenbeck vom Eigenbetrieb APH zum Konzept ‚Kultursensible Pflege und Betreuung‘ erläutert und u. a. verdeutlicht, dass es kaum möglich sei, bei von Demenz betroffenen Menschen etwas an den Vorstellungen zu ändern, die sich jetzt ältere Menschen in jüngerem Alter zu eigen gemacht hätten (Problem-Beispiel: NS-Zeit).

---

**15 Bericht aus der Gesundheits-, Alters- und Pflegekonferenz**

Frau Stv. Fischer berichtet, in der letzten Sitzung der Gesundheits-, Alters- und Pflegekonferenz sei um folgende Themen gegangen:

- Bericht des HELIOS Klinikums über Veränderungen im Bereich Gynäkologie und Geburtshilfe
- Verbindliche Bedarfsplanung gem. §§ 11 (7) und § 7 (6) APG NRW
- Langfristige Sicherung der ärztlichen Versorgung in Wuppertal

---

**15.1 Empfehlung der Gesundheits-, Alters- und Pflegekonferenz betr. 'Langfristige Sicherung der ärztlichen Versorgung in Wuppertal'**

Herr Stv. Wessel berichtet, in einem Gespräch mit der Kassenärztlichen Vereinigung Düsseldorf sei deutlich geworden, dass dort eine nicht bedarfsgerechte Betrachtung bzgl. der ärztlichen Versorgung gepflegt werde. Er schlage vor, diesbezüglich evtl. einen gemeinsamen Vorstoß mit der Gesundheits-, Alters- und Pflegekonferenz in Erwägung zu ziehen. Weiteres wichtiges Thema seien barrierefreie Praxen.

Entgegennahme ohne Beschluss.

---

**16 Mitteilungen der Verwaltung**

Es gab keine weiteren Mitteilungen der Verwaltung.

---

**17 Verschiedenes**

Es gab keine weiteren Mitteilungen.